GLIEDERUNG UND INHALTSÜBERSICHT

Einleitung 27

ALLGEMEINER TEIL 33

Erstes Kapitel: Das Recht auf Achtung des Familienlebens (Art.8 EMRK) 33

I. Vorbemerkung: Zum Stellenwert von Art.8 EMRK in Literatur und Entscheidungspraxis 33

II. Die Entstehungsgeschichte der Grundrechtsgarantie 35

III. Zur Auslegung der Europäischen Menschenrechtskonvention 39

1. Die allgemeinen Regelungen völkerrechtlicher Vertragsauslegung 39

2. Die Rechtsprechung der Konventionsorgane zur »dynamischen« oder »evolutiven« Interpretation 40

IV. Inhalt und Schutzbereich des Art.8 Abs.1 EMRK 43

1. Zur Frage der Schutzbereichsabgrenzung 43

a) Die Lehre vom einheitlichen Schutzbereich 43

b) Die Lehre vom teilidentischen Schutzbereich 44

c) Die Lehre vom teilidentischen Schutzbereich mit unterschiedlichem Wirkungsgrad 44

d) Die Lehre von den getrennten Schutzbereichen 45

e) Eigene Würdigung 45

2. Der Begriff des Familienlebens (»family life / vie familiale«) 47

a) Die Begriffsbestimmung in der Rechtsprechung der Konventionsorgane 47

aa) Das Kriterium der genetischen Verwandtschaft 48

bb) Das Kriterium der rechtlichen Verwandtschaft 51

cc) Die »soziale Familie« 53

dd) Das Kriterium der Heirat 54

ee) Die Bedeutung faktischer Umstände 55

b) Die Begriffsbestimmung in der Literatur 59

Bibliografische Informationen
http://d-nb.info/911429840

digitalisiert durch DEUTSCHE NATIONAL BIBLIOTHEK

aa) Das Kriterium der genetischen Verwandtschaft 59
bb) Das Kriterium der rechtlichen Verwandtschaft 62
cc) Die »soziale Familie« 63
dd) Das Kriterium der Heirat 64
c) Eigene Würdigung 64
3. Der Schutzcharakter des Rechtes auf Achtung des Familienlebens 69
a) Zum Dualismus von Abwehrrecht und positiven Verpflichtungen 69
b) Die Frage der Drittwirkung 73
c) Sekundäre staatliche Schutzpflichten 74
4. Zum Problem der Grundrechtsträgerschaft 76
a) Die Familie als Grundrechtsträger 76
b) Elternvereinigungen als Grundrechtsträger 78
c) Exkurs: Die Beschwerdebefugnis, Art.25 Abs.1 Satz 1 EMRK 79
V. Die Schrankenregelung des Rechtes auf Achtung des Familienlebens nach Art.8 Abs.2 EMRK 81
1. Notwendigkeit einer Rechtsgrundlage 82
a) Formelles Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage 82
b) Materielle Anforderungen an die gesetzliche Grundlage 83
aa) Das Prinzip der Gesetzmäßigkeit und der hinreichenden Zugänglichkeit 83
bb) Der Bestimmtheitsgrundsatz 84
cc) Die einstufige Prüfung des nationalen Rechtes am Maßstab des Art.8 Abs.1 EMRK 85
dd) Das Erfordernis hinreichender Regelungsdichte 86
ee) Eigene Würdigung 86
2. Legitimes Eingriffsziel 87
a) Schutz der Gesundheit und der Moral 88
b) Schutz der Rechte und Freiheiten anderer 90
c) Die Anbindung der Eingriffsvorbehalte an Art.14 EMRK 91

d) Exkurs: Das Kindeswohl als legitimes Eingriffsziel 91
3. Die Überprüfung der Notwendigkeit eines Eingriffs 93
a) Zur Lehre vom Beurteilungsspielraum 93
b) Die besondere Bedeutung des Verhältnismäßigkeitsprinzips 94
c) Eigene Würdigung 95
d) Exkurs: Zum Problem immanenter Schranken 96

Zweites Kapitel: Das Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder (Art.2 des 1. Zusatzprotokolls) 99
I. Vorbemerkung: Zum Stellenwert von Art.2 des 1. Zusatzprotokolls in Literatur und Entscheidungspraxis 99
II. Die Entstehungsgeschichte der Vorschrift 100
III. Inhalt und Schutzbereich von Art.2 des 1. Zusatzprotokolls 101
1. Das Verhältnis zu Art.8 EMRK 102
2. Der Vorrang des elterlichen Erziehungsrechtes gegenüber dem Staat 104

Drittes Kapitel: Das Verbot der Diskriminierung (Art.14 EMRK) 107
I. Die Entstehungsgeschichte der Vorschrift 107
II. Die inhaltliche Reichweite des Diskriminierungsverbotes 108
1. Zur Akzessorietät des Art.14 EMRK 108
2. Die beschränkt selbständige Bedeutung des Diskriminierungsverbotes 109
3. Der Tatbestand einer Diskriminierung 112

Viertes Kapitel: Weitere möglicherweise tangierte Grundrechte der EMRK 117
I. Das Recht zur Gründung einer Familie (Art.12 EMRK) 117
II. Das Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung (Art.3 EMRK) 118
III. Die Gleichberechtigung von Ehegatten in ihren Beziehungen zu gemeinsamen Kindern (Art.5 des 7. Zusatzprotokolls) 119

Fünftes Kapitel: Individualrechtsschutz im Verfahren – Zur Verfahrensdimension der EMRK-Rechte 121
I. Die verfahrensrechtliche Grundnorm des Art.6 Abs.1 EMRK 121

1. Der Stellenwert des Art.6 Abs.1 EMRK im Konventionsgefüge 121
2. Der allgemeine Anwendungsbereich von Art.6 Abs.1 EMRK 122
3. Die Anwendbarkeit im Bereich familiärer Rechtspositionen 123
a) Die Entwicklung der Rechtsprechung bis zum Fall Rasmussen 123
b) Das Urteil des Gerichtshofes im Falle Rasmussen 125
4. Die inhaltlichen Verfahrensanforderungen nach Art.6 Abs.1 EMRK 127
a) Das Recht auf ein Gericht und auf Zugang zum Gericht 127
b) Exkurs: Das Recht auf eine wirksame Beschwerdemöglichkeit bei einer nationalen Instanz (Art.13 EMRK) 131
c) Das Recht auf Fairness im Verfahren 132
d) Die Zeitkomponente der Verfahrensgarantie 134
II. Die Auswirkungen von Art.8 EMRK auf die Gestaltung des Verfahrens 139
1. Das Erfordernis notwendiger Kontrolle bei Eingriffen in Individualrechte 139
2. Materielle Anforderungen an die Verfahrensgestaltung selbst 143
a) Die Verfahrensdimension von Art.8 EMRK – Beteiligungsrechte am Verfahren in der Entwicklung der Straßburger Rechtsprechung 143
aa) E 434/58 (S v. Schweden): Anspruch auf persönliche Anwesenheit im Umgangsrechtsverfahren 143
bb) E 8416/78 (Paton v. Großbritannien): Beteiligungsrechte des Mannes im Verfahren über den Schwangerschaftsabbruch seiner Frau 145
cc) Die britischen Fürsorge-Fälle Williams, O'Connor, Hyatt, Blackham und Rennix vor der Kommission: Das Recht der Eltern auf Anhörung, vollständige In-

formation und Beteiligung am Entscheidungsfindungsprozeß 146
dd) Die britischen Fürsorge-Fälle vor dem Gerichtshof: Das Recht der Eltern auf einen fairen Entscheidungsfindungsprozeß 152
b) Das Problem der Verfahrensdauer – Zur Gefahr faktischer Entscheidung durch bloßen Zeitablauf 155
aa) E 9893/82 (Pedersen v. Dänemark): Das Erfordernis dringlicher Verhandlung in Sorgerechtsverfahren 155
bb) Die britischen Fürsorge-Fälle vor Kommission und Gerichtshof: Die Verfahrensdauer als selbständiger Schutzaspekt des Art.8 Abs.1 EMRK 156
3. Besondere Anforderungen an die Durchführung bereits getroffener Entscheidungen 158
a) Der Fall Olsson v. Schweden 158
b) E 10812/84 (Marianne Dunkel v. BR Deutschland) 162
III. Die Aufteilung der Verfahrensaspekte zwischen Art.6 Abs.1 und Art.8 EMRK in der Straßburger Rechtsprechung – Der Versuch einer kritischen Synopse 163
1. Das Recht auf Zugang zum Gericht und das Erfordernis notwendiger Kontrolle bei Eingriffen in Individualrechte 164
2. Das Recht auf Fairness im Verfahren und der Anspruch auf Beteiligung am Entscheidungsfindungsprozeß 165
3. Der Anspruch auf Entscheidung in angemessener Frist und die Zeitkomponente des Anspruches auf Achtung des Familienlebens 168
4. Besondere Anforderungen an die Durchführung bereits getroffener Entscheidungen 170
5. Exkurs: Trennung von der Familie nur nach vorheriger gerichtlicher Entscheidung ? 172

Erstes Kapitel: Die Sorgerechtsverteilung nach Scheidung der Eltern 175

I. Vorbemerkung: Zur rechtstatsächlichen Lage in der Bundesrepublik Deutschland 175

II. Die Sorgerechtsverteilung nach Scheidung der Eltern im geltenden Recht der Bundesrepublik Deutschland 177

1. Die Regelung des § 1671 BGB 177

2. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Belassung der gemeinsamen elterlichen Sorge nach Scheidung 178

3. Das Kindeswohl als Entscheidungsmaßstab, § 1671 Abs.2 BGB 181

4. Die Bedeutung eines gemeinsamen Elternvorschlages, § 1671 Abs.3 BGB 183

5. Zur Entscheidungspraxis der deutschen Familiengerichte 184

III. Die Europäische Menschenrechtskonvention und die Sorgerechtsverteilung nach Scheidung der Eltern 185

1. Zum Fortbestand des Familienlebens zwischen Eltern und Kindern trotz Scheidung 185

2. Keine Verpflichtung des Staates zur positiven Wiederherstellung des Familienlebens 187

3. Die konventionsrechtliche Beurteilung der Sorgerechtsentscheidung 189

a) Die Zuteilung des Alleinsorgerechtes an einen Elternteil als Eingriff in Art.8 Abs.1 EMRK 189

b) Die Zulässigkeit der Belassung gemeinsamer Sorge nach Scheidung der Eltern 190

c) Die Kriterien für die Sorgerechtsentscheidung im Rahmen des Art.8 Abs.2 EMRK 192

d) Das Kindeswohl als Eingriffslegitimation beim Vorliegen einer Sorgerechtsübereinkunft der Eltern 197

e) Art.8 EMRK und das gemeinsame Sorgerecht nach Scheidung 198

IV. Zur Vereinbarkeit der deutschen Rechtslage mit den Anforderungen der EMRK 201

1. Die Gewährleistung eines ausschließlich am Kindeswohl ausgerichteten Entscheidungsfindungsprozesses 201
2. Das Problem standardisierter Entscheidungsverfahren 202
3. Die Beurteilung eines gemeinsamen Elternvorschlages 204
4. Die Belassung der gemeinsamen elterlichen Sorge nach Scheidung 204
5. Zusammenfassung 204
V. Die Sorgerechtsverteilung nach Scheidung der Eltern im Rechtsvergleich 205
1. Frankreich 205
2. Großbritannien 209
3. Schweden 211
4. Exkurs: DDR 214

Zweites Kapitel: Die Umgangsbefugnis des nichtsorgeberechtigten Elternteils nach Scheidung 219
I. Die Regelung der Umgangsbefugnis im geltenden Recht der Bundesrepublik Deutschland 219
1. Die Befugnis zum persönlichen Umgang mit dem Kinde, § 1634 Abs.1 S.1 BGB 219
a) Zum Personenkreis der Berechtigten 220
b) Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Verfassungsmäßigkeit des § 1634 BGB 221
2. Die Wohlverhaltensklausel, § 1634 Abs.1 S.2 BGB 223
3. Exkurs: Umgangsbefugnis und Auswanderung des sorgeberechtigten Elternteils 224
4. Die familiengerichtliche Regelungsbefugnis, § 1634 Abs.2 S.1 BGB 226
5. Der Ausschluß des Umgangsrechtes, § 1634 Abs.2 S.2 BGB 227
II. Die Europäische Menschenrechtskonvention und die Umgangsbefugnis des nichtsorgeberechtigten Elternteils nach Scheidung 229
1. Die Garantie einer eigenständigen Umgangsbefugnis in Art.8 Abs.1 EMRK 229
2. Der Ausschluß der Umgangsbefugnis im Rahmen von Art.8 Abs.2 EMRK 230

3. Zur Bedeutung von Elternvereinbarungen 235
4. Das Problem einer faktischen Vereitelung der Umgangsbefugnis durch den sorgeberechtigten Elternteil 237
5. Die Umgangsbefugnis und der Kindeswille 239
6. Exkurs: Umgangsbefugnis und Auswanderung des sorgeberechtigten Elternteils 240
III. Zur Vereinbarkeit der deutschen Rechtslage mit den Anforderungen der EMRK 242
1. Die ausschließliche Berechtigung des nichtsorgeberechtigten Elternteils 243
2. Zur Zulässigkeit einer Auswanderung des sorgeberechtigten Elternteils ohne triftige Gründe 245
3. Die Kompetenzen des Familiengerichtes 246
4. Zusammenfassung 247
IV. Die Umgangsbefugnis des nichtsorgeberechtigten Elternteils nach Scheidung im Rechtsvergleich 247
1. Frankreich 247
2. Großbritannien 248
3. Schweden 249
4. Exkurs: DDR 250

Drittes Kapitel: Das Sorgerecht für nichteheliche Kinder 253
I. Vorbemerkung: Das deutsche Nichtehelichenrecht im Wandel der Zeit 253
II. Die Regelung des Sorgerechtes für nichteheliche Kinder im geltenden Recht der Bundesrepublik Deutschland 258
1. Die Alleinsorge der Mutter, § 1705 Satz 1 BGB 258
a) Zur ratio legis des geltenden Rechts 258
b) Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Verfassungsmäßigkeit des § 1705 Satz 1 BGB 259
2. Zur Möglichkeit rechtlicher Alternativen 262
III. Die Europäische Menschenrechtskonvention und das Sorgerecht für nichteheliche Kinder 262
1. Die Entwicklung der Straßburger Rechtsprechung 263
a) E 3100/67 (X v. BR Deutschland) 263
b) E 7770/77 (X v. BR Deutschland) 264
c) E 9639/82 (B, R und J v. BR Deutschland) und drei weitere deutsche Beschwerden 264

2. Die Behandlung der Sorgerechtsfrage in der Literatur 267
3. Eigene Würdigung 268
a) Eine kritische Auseinandersetzung mit den Argumenten der herrschenden Meinung 268
b) Zur Differenzierung zwischen ehelichen und nichtehelichen Kindern 269
aa) Das Marckx-Urteil des Gerichtshofes 269
bb) Die Suche nach objektiven und vernünftigen Rechtfertigungsgründen für die Ungleichbehandlung 270
IV. Zur Vereinbarkeit der deutschen Rechtslage mit den Anforderungen der EMRK 273
1. Die Behandlung des Problems in der Literatur 273
2. Die zweite Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes 274
3. Zur Frage möglicher Alternativen zur gemeinsamen Sorge 276
a) Die gesetzlich vorgesehenen Möglichkeiten der Legitimation, der Ehelicherklärung und der Adoption 276
b) Sorgerechtsbeteiligung im Wege rechtsgeschäftlicher Vollmacht 277
V. Das Sorgerecht für nichteheliche Kinder im Rechtsvergleich 278
1. Frankreich 278
2. Großbritannien 284
3. Schweden 285
4. Exkurs: DDR 287

iertes Kapitel: Die Amtspflegschaft für nichteheliche Kinder in der undesrepublik Deutschland 289
I. Die Regelung der Amtspflegschaft im geltenden deutschen Recht 289
1. Die Amtspflegschaft des Jugendamtes nach §§ 1706, 1709 Satz 1 BGB, 37, 40 JWG 289
a) Zur ratio legis des geltenden Rechts 289
b) Der Wirkungskreis der Amtspflegschaft, § 1706 BGB 290
c) Zur rechtstatsächlichen Lage 291

2. Die Verfassungsmäßigkeit einer kraft Gesetzes automatisch eintretenden Amtspflegschaft 291
3. Die Anordnung des Nichteintritts oder der Aufhebung der Pflegschaft auf Antrag der Kindesmutter, § 1707 BGB 292
a) Die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 1707 BGB 292
b) Das rechtstatsächliche Bild der Aufhebungspraxis 293
c) Zur Frage, ob eine Anordnung nach § 1707 BGB ausgeschlossen ist, wenn die Kindesmutter den Namen des Vaters verschweigt 294
II. Die Europäische Menschenrechtskonvention und die Amtspflegschaft für nichteheliche Kinder 297
1. Die Entwicklung der Straßburger Rechtsprechung 297
2. Zur Differenzierung zwischen der Mutter eines nichtehelichen Kindes einerseits und der verwitweten, geschiedenen oder getrennt lebenden Mutter andererseits 299
a) Die Behandlung des Problems in der Literatur 299
b) Eigene Würdigung 300
3. Die Vereinbarkeit mit Art.8 EMRK allein 304
4. Das Unterbleiben einer Anordnung nach § 1707 BGB bei Verschweigen des Kindesvaters und Art.8 EMRK 304
5. Zusammenfassung 305

Fünftes Kapitel: Die Umgangsbefugnis des Vaters eines nichtehelichen Kindes 307
I. Die Regelung der Umgangsbefugnis des Vaters eines nichtehelichen Kindes im geltenden Recht der Bundesrepublik Deutschland 307
1. Die Vorschrift des § 1711 BGB 307
a) Zum Hintergrund der derzeitigen gesetzlichen Regelung 307
b) Ein Vergleich mit § 1634 BGB 309
c) Vor- und Nachteile der Umgangsbefugnis 310
2. Die Verfassungsmäßigkeit der geltenden Regelung 311
3. Reformvorschläge 312

II. Die Europäische Menschenrechtskonvention und die Umgangsbefugnis des Vaters eines nichtehelichen Kindes 314
1. Zur Heranziehung der Grundsätze über die Umgangsbefugnis des nichtsorgeberechtigten Elternteils nach Scheidung 314
2. Der Fall Florentino Garcia v. Schweiz (E 10148/82) 314
3. Der Ausschluß der Umgangsbefugnis im Rahmen von Art.8 Abs.2 EMRK 316
III. Zur Vereinbarkeit der deutschen Rechtslage mit den Anforderungen der EMRK 317
1. Die Zuerkennung eines echten Rechtes auf Umgang 317
2. Das Umgangsrecht gegen den Willen der Mutter 318
3. Zur Differenzierung zwischen ehelichen und nichtehelichen Kindern 318
IV. Die Umgangsbefugnis des Vaters eines nichtehelichen Kindes im Rechtsvergleich 320
1. Frankreich 320
2. Großbritannien 320
3. Schweden 321
4. Exkurs: DDR 321

Sechstes Kapitel: Der staatliche Schutz einer ungefährdeten Kindesentwicklung 323
I. Die Regelung des Sorgerechtseingriffes im geltenden Recht der Bundesrepublik Deutschland 323
1. Vorbemerkung: Zum sogenannten dualen Eingriffssystem 323
2. Die Regelung der Eingriffstatbestände im Rahmen der §§ 1666, 1666a BGB 323
a) Die mißbräuchliche Ausübung der elterlichen Sorge 325
b) Die Vernachlässigung des Kindes 327
c) Das unverschuldete Versagen der Eltern 330
d) Exkurs: Die Entziehung oder Beschränkung der Personensorge aus politisch-religiös-weltanschaulichen Gründen 335
aa) Die Rechtsprechung bis zum Jahre 1933 335
bb) Die Rechtsprechung in der Zeit des Nationalsozialismus 337

e) Das Verhalten eines Dritten 339
3. Zur Bestimmung der Eingriffsschwelle für staatliche Maßnahmen 341
a) Das Vorliegen einer gegenwärtigen Gefahr für die Kindesentwicklung 342
b) Die Subsidiarität staatlichen Eingreifens 343
4. Die Anordnungskompetenz des Vormundschaftsgerichtes 344
5. Die zusätzliche Hürde des § 1666a BGB 345
a) Die Trennung eines Kindes von seiner elterlichen Familie, § 1666a Abs.1 BGB 346
aa) Die besonderen Voraussetzungen für eine Familientrennung 346
bb) Die Fremdplazierung durch das Jugendamt als Umgehung des Gesetzes ? 347
cc) Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Trennung eines gesunden Kleinkindes von seinen behinderten Eltern 348
b) Die Entziehung der gesamten Personensorge, § 1666 a Abs.2 BGB 350
aa) Die besonderen Voraussetzungen für einen völligen Sorgerechtsentzug 350
bb) Das Verhältnis zur Aufrechterhaltung der Familienpflege nach § 1632 Abs.4 BGB 351
cc) Zum Fortbestehen einer Umgangsbefugnis der leiblichen Eltern 352
6. Zur Verfassungsmäßigkeit der Eingriffstatbestände 352
7. Annex: Die Fürsorgeerziehung, §§ 64 ff JWG 353
a) Die tatbestandlichen Voraussetzungen für die Anordnung von Fürsorgeerziehung 354
b) Das Verhältnis zu den §§ 1666, 1666a BGB 355
II. Die Europäische Menschenrechtskonvention und der staatliche Schutz einer ungefährdeten Kindesentwicklung 358
1. Vorbemerkung: Zum Konflikt zwischen Elternrecht und Kindeswohl 358
2. Der staatliche Sorgerechtseingriff im System des Art.8 EMRK 362

a) Zum Bericht der Kommission im Falle Olsson v. Schweden 363
b) Die besondere Eingriffsschwelle im Rahmen von Art.8 Abs.2 EMRK 365
3. Die staatliche Fürsorge als zeitlich begrenzte Maßnahme 367
4. Die besondere Bedeutung der fortdauernden Umgangsbefugnis 368
III. Zur Vereinbarkeit der deutschen Rechtslage mit den Anforderungen der EMRK 370
1. Die Regelung der §§ 1666, 1666a BGB 370
2. Die Ermächtigung zur Anordnung von Fürsorgeerziehung in § 64 JWG 371
3. Zum Problem einer zweiten grundrechtsrelevanten Dimension des staatlichen Sorgerechtseingriffes 371
IV. Der staatliche Schutz einer ungefährdeten Kindesentwicklung im Rechtsvergleich 374
1. Frankreich 374
a) Die Erziehungshilfe, Art.375 ff CC 374
b) Die Entziehung der Sorgerechtsausübung 375
2. Großbritannien 376
a) Die Anordnung der Gerichtsvormundschaft (wardship) 376
b) Die öffentliche Obhut mit Zustimmung der Eltern (voluntary care) 377
c) Die öffentliche Obhut gegen den Willen der Eltern (compulsory care) 378
d) Zur Vereinbarkeit mit Art.8 EMRK 379
3. Schweden 380
a) Sorgerechtseingriffe nach dem Elterngesetz 380
b) Kompetenzen der öffentlichen Jugendhilfe 381
c) Zur Vereinbarkeit mit Art.8 EMRK 382
4. Exkurs: DDR 384

Siebtes Kapitel: Der Herausgabekonflikt zwischen leiblichen Eltern und Pflegeeltern 387
I. Die Regelung des Herausgabekonfliktes im geltenden Recht der Bundesrepublik Deutschland 387
1. Der gesetzgeberische Vorschlag für eine sachgerechte Konfliktslösung 387
a) Zur ratio legis von § 1632 Abs.4 BGB 387

b) Zur Bedeutung in der Praxis 389
2. Die Tatbestandsmerkmale des § 1632 Abs.4 BGB 390
a) Der Begriff der »Familienpflege« 390
b) Das Tatbestandsmerkmal »seit längerer Zeit« 391
3. Die Bedeutung der Verweisung auf § 1666 BGB 392
4. Zur Problematik der Rückführung eines Kindes zu seinen leiblichen Eltern 393
5. Der Sonderfall einer ursprünglich fehlerhaften Pflegeanordnung 396
6. Zur Verfassungsmäßigkeit von § 1632 Abs.4 BGB 398
7. Exkurs: Der Fall des jugoslawischen Pflegekindes Elizabeta vor dem Bundesverfassungsgericht – BVerfGE 68, 176 ff 398
8. Zur Problematik einer Vollstreckung von Herausgabeanordnungen 401
II. Die Europäische Menschenrechtskonvention und der Herausgabekonflikt zwischen leiblichen Eltern und Pflegeeltern 403
1. Der Fall Eriksson v. Schweden 403
a) Die Entscheidungen von Kommission und Gerichtshof 404
b) Die abweichende Meinung des Kommissionsmitgliedes Schermers 405
c) Eigene Würdigung 406
III. Zur Vereinbarkeit der deutschen Rechtslage mit den Anforderungen der EMRK 409
IV. Der Herausgabekonflikt zwischen leiblichen Eltern und Pflegeeltern im Rechtsvergleich 410
1. Frankreich 410
2. Großbritannien 410
3. Schweden 413
4. Exkurs: DDR 415

Achtes Kapitel: Die Adoption gegen den Willen der leiblichen Eltern 417
I. Die Regelung der Zwangsadoption im geltenden Recht der Bundesrepublik Deutschland 417
1. Vorbemerkung: Zu den Grundprinzipien des deutschen Adoptionsrechts 417

2. Das Erfordernis der elterlichen Einwilligung, § 1747 BGB 418
3. Die Möglichkeiten vormundschaftsgerichtlicher Ersetzung der Einwilligung, § 1748 BGB 418
a) Der Tatbestand der anhaltend gröblichen Pflichtverletzung 419
b) Die einmalige besonders schwere Pflichtverletzung, § 1748 Abs.1 S.2 BGB 420
c) Der Tatbestand der Gleichgültigkeit gegenüber dem Kind 420
d) Das Korrektiv des unverhältnismäßigen Nachteils 422
e) Die Ersetzung der Einwilligung bei besonders schweren geistigen Gebrechen 424
4. Zur Frage der Verfassungsmäßigkeit von § 1748 BGB 424
II. Die Europäische Menschenrechtskonvention und die Adoption gegen den Willen der leiblichen Eltern 425
1. Die Grundprinzipien der Adoption im Gefüge der EMRK 425
2. Zur Problematik einer Zwangsadoption 427
III. Zur Vereinbarkeit der deutschen Rechtslage mit den Anforderungen der EMRK 428
IV. Die Adoption gegen den Willen der leiblichen Eltern im Rechtsvergleich 432
1. Frankreich 432
2. Großbritannien 432
3. Schweden 434
4. Exkurs: DDR 435